



Antrag

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landeszentrale für Politische Bildung

Drucksache 15/ 1263

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Absicht der Landesregierung, die Landeszentrale für politische Bildung in einen Landesbetrieb in enger Kooperation mit dem Landesverband der Volkshochschulen umzuwandeln.

Die Landeszentrale und der gesamte Bereich der politischen Bildung muss sich inhaltlich weiter entwickeln und zugleich neu strukturieren. Damit wird den Veränderungen Rechnung getragen, die im Bereich der politischen Bildung, besonders durch die wachsende Pluralität der Anbieter, stattfinden; zugleich muss ein möglichst effizienter Einsatz der finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen erreicht werden.

Die Landeszentrale soll ihre bisherige Unabhängigkeit von Regierung, Verwaltung, Parlament und von den Interessen gesellschaftlicher Gruppen in vollem Umfange wahren; diese Unabhängigkeit ist weder durch die Dienst- und Fachaufsicht des Bildungsministeriums noch durch die beratende Tätigkeit des Kuratoriums jemals in Frage gestellt worden. Sie muss sich als Dienstleister gegenüber den Trägern der politischen Bildung verstehen und Koordinationen anbieten, ohne die inhaltliche Unabhängigkeit der Bildungsträger einzuschränken.

Dabei muss die Verzahnung und Kooperation mit der „Initiative für politische Bildung“ besondere Priorität einnehmen.

Die Landeszentrale soll die Bildungsträger, besonders die ehrenamtlich arbeitenden, dabei unterstützen, Finanzierungsquellen für Projekte der internationalen Zusammenarbeit zu erschließen, insbesondere aus den Fonds der Europäischen Union.

Jürgen Weber
und Fraktion

Angelika Birk
und Fraktion